

# Andre Rocholl als Vorsitzender des SPD- Stadtverbands bestätigt



Der neue Vorstand des SPD-Stadtverbands (v. l.): Andre Rocholl, Linda Römke-Krumme, Bernd Schäfer (Fraktionsvorsitzender)

Rüdiger Weiß, vorne im Bild: Monika Wernau, hinten im Bild: Dieter Mittmann, Sebastian Kulok,, Brigitte Matiak, Susanne Turk und Roland Schäfer. (Es fehlt auf dem Foto Dagmar Henn)

Zumindest eins haben die Bergkamener Sozialdemokraten ihren Genossen auf höheren Parteebenen voraus: eine sichtbar nach außen getragene Geschlossenheit in Personalfragen. Einmütig votierten am Donnerstagabend die 63 Delegierten der SPD-Stadtverbandskonferenz für den Vorschlag für die Neubesetzung des Stadtverbandsvorstands.

Einmütig im Amt bestätigt wurde der Vorsitzende Andre Rocholl und sein Stellvertreter Dieter Mittmann. Neu im Amt ist die

zweite stellvertretende Vorsitzende Linda Römke-Krumme. Ihre Vorgängerin Dagmar Henn bleibt aber dem Vorstand treu. Sie ist jetzt Beisitzerin. Weitere Beisitzerinnen und Beisitzer Monika Wernau, Brigitte Matiak, Susanne Turk und Rüdiger Weiß. Ebenfalls neu im Amt ist Schatzmeister Sebastian Kulok, der Heiko Brüggenthies ablöst.

Vor den Vorstandswahlen gab es eine Satzungsänderung. Die Zahl der Beisitzer wurde von sechs auf fünf verkleinert, weil sich die ehemaligen Ortsvereine Weddinghofen und Heil zusammengetan haben.

Vorsitzender Andre Rocholl geht davon aus, dass der Stadtverband mit diesem neuen Vorstand über ein starkes Team verfügt, das die kommenden Aufgaben der Partei meistern kann. Dazu gehört unter anderem die Kommunalwahl im Herbst 2020. Zunächst werde es darum gehen, Kandidaten für die Direktmandate und für das Bürgermeisteramt zu finden. Bürgermeister Roland Schäfer will in einigen Wochen öffentlich erklären, ob er für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung steht.

Das Ziel bei der Kommunalwahl dürfte klar sein: eine erneute SPD-Mehrheit im Stadtrat und ein sozialdemokratischer Bürgermeister. Hier gab es durch das Ergebnis der Europawahl einen empfindlichen Dämpfer. Die SPD werde aber aus ihren Fehlern lernen, betonte Rocholl.

---

**„Oller Timpen“: Name der neuen Blockhütte erinnert an**

# den verstorbenen ehemaligen Geschäftsführer des Umweltzentrums



Hütteneinweihung v.l.n.r.: Michael Bub, Dr. Eberhard Geisler, Sabine Geisler, Cornelia Timpe, Ralf Sänger, Matthis Borda, Helene Kreyenbaum, Herbert Goldmann. Foto: Ralf Sänger / Umweltzentrum

Im feierlichen Rahmen wurde am Donnerstag ein neues Blockhaus auf dem Gelände der okologiestation eingeweiht und auf den Namen „Oller Timpen“ getauft. Der Name erinnert an den erst kürzlich verstorbenen ehemaligen Geschäftsführer des Umweltzentrums Westfalen Dr. Detlef Timpe.

Freuen können sich über das neue Blockhaus vor allen die

jungen Leute, die in der Ökologiestation ihr Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren. Für sie wurde wegen der wachsenden Aufgabe, die in der Ökologiestation vereinigt sind, immer enger. Das neue Blockhaus bietet jetzt genügend Platz für Pausen und sich umzuziehen.

Den finanziellen Grundstock hatte Dr. Detlef Timpe selbst gelegt. Bei seinem Abschied Ende 2017 bat er statt der üblichen Geschenke um eine Spende für solch ein Holzhaus. Als Zeichen der großen im widerfahrenen Wertschätzung ist eine stattliche Summe zustande gekommen.

Tragischerweise verstarb Dr. Detlef Timpe am 8. April völlig unerwartet, kurz nachdem mit ihm ein Einweihungstermin für die Blockhütte vereinbart wurde. Dieser sollte eigentlich in der Nach-Ostern-Woche stattfinden.

Seine Ehefrau Cornelia Timpe hat in Anerkennung seines großen Engagements für die Ökologiestation abermals um Spenden anstelle von Blumen oder Kränzen zu seiner Beisetzung gebeten, und es ist wieder ein stattlicher Betrag zustande gekommen, insgesamt beläuft sich dieser auf rund 5.000 Euro.

Für den Namen der Hütte hat man etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Die Hütte wurde auf den Namen „Oller Timpen“ getauft.

Die Anlehnung an Dr. Timpe liegt auf der Hand, und andererseits nimmt die Bezeichnung einen lokalen, inhaltlichen Bezug. „Timpen“ ist ein mundartlicher Begriff, der ein keilförmiges Baumstück im Gipfel-/Kronenbereich eines Baumes bezeichnet. Die Blockhütte steht unmittelbar unter großen Eichen und Ebereschen, wodurch der Namen eine weitere Bedeutung erhält.

Der Begriff „Timpen“ soll aus dem nördlichen Bergischen Land stammen, ist jedoch auch im Ruhrgebiet und Ostwestfalen ein Begriff. Dort wird er zumeist jedoch verwendet, um einen angetrunkenen Zustand charmant zu umschreiben – „Einen im Timpen“ haben (= einen „in der Krone“ haben).

An der Taufe nahmen teil:

Cornelia Timpe (Ehefrau von Dr. Detlef Timpe)

Dr. Eberhard Geisler (langjähriger Geschäftsführerkollege  
(1995-2017) von Dr. Timpe)

Sabine Geisler (Ehefrau von Dr. Eberhard Geisler)

Herbert Goldmann (Vorsitzender von Verwaltungsrat und  
Gesellschafterversammlung des Umweltzentrum Westfalen; die  
Stellvertr. Vorsitzende, Frau Simone Symma ist leider aus  
beruflichen Gründen verhindert)

Michael Bub (Stellvertr. Betriebsleiter)

Helene Kreyenbaum & Matthis Borda (FÖJ)

Ralf Sänger (Geschäftsführer)

---

**Bürgermeister verabschiedet  
Mareike Lambertz-Boden und  
Jutta Koch in den  
wohlverdienten Ruhestand**



Abschied in den wohlverdienten Ruhestand (v. l.): Roland Schäfer, Jutta Koch, Thomas Hartl Mareike Lambertz-Boden und Michael Hoffmann

Mit Mareike Lambertz-Boden und Jutta Koch haben am Donnerstag Bürgermeister Roland Schäfer, der Leiter der Zentralen Dienste im Rathaus Thomas Hartl und das Personalratsmitglied Michael Hoffmann zwei langjährige Mitarbeiterinnen der Stadt Bergkamen in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Als Mareike Lambertz-Boden ihre Ausbildung zur Bürogehilfin begann, war die Stadtverwaltung noch in der „Baracke“ auf dem heutigen Stadtmarkt und verschiedenen Außenstellen untergebracht. Das Rathaus wurde erst 1976 eingeweiht. Im Januar 1974 wurde sie in ein Angestelltenverhältnis übernommen. Von da an folgten Einsätze in den verschiedenen Ämtern wie Ordnungsamt, Personenstandsamt, Kulturdezernat und Sozialamt. Außerdem absolvierte Mareike Lambertz-Boden die Angestelltenlehrgänge I und II, sowie das Kommunaldiplom an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie.

Seit Januar 2000 wurde sie im Bereich Organisation der Zentralen Dienste eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehörte u.a. die Durchführung von Arbeitsuntersuchungen, Kostenrechnung,

produktorientiertes Controlling und der Bereich der Vergabestelle.

Im Juli 1993 wurde Frau Koch als Bibliotheksassistentin bei der Stadt Bergkamen eingestellt. Damals war die Stadtbibliothek noch im Treffpunkt an der Lessingstraße untergebracht gewesen. Zu ihren Aufgaben gehörte u.a. die Mitwirkung bei der Ausbildung der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Mithilfe bei der Programm- und Veranstaltungsplanung, die Koordinierung der Internetpräsentation und die Zusammenarbeit mit Bildungs- und Kultureinrichtung sowie diversen Netzwerken und dem Förderkreis der Stadtbibliothek.

Des Weiteren übernahm sie die stellvertretende Leitung der Stadtbibliothek, bis sie im Juli 2015 die Funktion als Leiterin der Stadtbibliothek übertragen bekommen hat.

Besondere Verdienste für die Stadtbibliothek konnten bei der Leitung der Umsetzung des Projektes der Bertelsmann Stiftung „MedienPartner Bibliothek und Schule NRW“ verzeichnet werden. Gleiches gilt für die Bewerbung der Stadtbibliothek als „Bibliothek des Jahres 2011“. Bergkamen wurde hierbei bundesweit mit dem zweiten Platz ausgezeichnet. Als letztes Projekt stand der Aufbau und die Einrichtung der Jugendbibliothek in den ehemaligen Räumen der Jugendkunstschule auf dem Programm.

---

**BergAUF ruft zur Teilnahmen  
an der Protestdemonstration**

# in Bottrop auf

BergAUF Bergkamen fordert zur Teilnahme an der Protestdemonstration am kommenden Samstag, 15. Juni, um 11.00 Uhr in Bottrop, Prosperstraße/Ecke Ostring auf. Gemeinsame Abfahrt in Privat-Pkw ist am Samstag pünktlich um 10 Uhr am BergAUF Treff, Jahnstraße 93 (KiK Parkplatz) Bergkamen Oberaden.

Zu den Inhalten der Protestdemonstration schreibt BergAUF: *„Mit den 200 Kündigungen begeht die RAG einen Tabu-Bruch, denn bisher hieß es immer „keiner fällt ins Bergfreie“. Statt den Giftmüll unter Tage zu entsorgen, provoziert die RAG mit der Flutung der Zechen eine regionale Trinkwasserkatastrophe. 124.000 Bergbaurentner und –Witwen wird durch „Deputatklau“ die Betriebsrente gekürzt. Wohnungsmieten werden erhöht, Bergmannsrechte abgebaut, Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet. Damit betreibt die RAG eine Politik der verbrannten Erde. Wir meinen: Die RAG darf sich hier nicht so aus dem Staub machen.“*

---

**Landrat bei  
Landrätekonferenz: Bund will  
Kommunen stärker unterstützen**





Landrat Michael Makiolla (links hinter der Bundeskanzlerin) auf der Landrätekonferenz im Kanzleramt. Foto: Bundesregierung / Eckel

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen, Kommunal финанzen, Energie- und Verkehrswende, Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, Breitbandausbau und mehr: Die Themenliste, die Landrat Michael Makiolla am 6. und 7. Juni gemeinsam mit den NRW-Kommunalspitzen mit zur Landrätekonferenz nach Berlin genommen hat, war lang.

In Berlin hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel die NRW-Landräte im Kanzleramt zum Gespräch empfangen. Dabei hat sie noch einmal bekräftigt, dass auch die Steinkohleregionen wie der Kreis Unna von den geplanten Strukturhilfemitteln der Bundesregierung profitieren sollen: „Speziell für die Regionen mit Standorten von Steinkohlekraftwerken sind vom Bund eine Milliarde Euro vorgesehen“, berichtet Makiolla. „Außerdem hat sich Merkel grundsätzlich für eine finanzielle Entlastung der Haushalte von strukturschwachen Kreisen, Städten und Gemeinden ausgesprochen.“

**Bund muss sich stärker beteiligen**

Im Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium Prof. Dr. Günter Krings ging es zum Beispiel um das wichtige Thema sozialer Transferleistungen für Bedürftige. Makiolla machte in dem Zusammenhang klar: „Diese Leistungen müssen von den Kommunen aufgrund von Bundesgesetzen erbracht werden. Deshalb muss sich der Bund künftig stärker als bisher an den Kosten dieser Sozialleistungen für Arbeitslose, Behinderte, Pflegebedürftige und Familien beteiligen.“

Vom Bund erwartet Landrat Makiolla auch eine dauerhafte finanzielle Beteiligung an den Kosten für die Integration geflüchteter Menschen: „Die finanziellen Hilfen waren im Großen und Ganzen bisher ausreichend. Sie müssen aber in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.“

### **Unterstützung an anderer Stelle**

An anderer Stelle sagte der Bund zu, die Kommunen und Kreise weiter unterstützen zu wollen: Nach der Änderung des Grundgesetzes ist es möglich, dass Geld aus dem Bundeshaushalt z. B. für die Digitalisierung von Schulen freizugeben. „Der Sprecher der SPD-Fraktion im Bund, Bernhard Daldrup, versprach, dass sich die SPD dafür einsetzen wird, dass sich der Bund an der Finanzierung der Altschulden der Kommunen stärker beteiligen wird“, berichtet der Landrat.

Unterstützung kommt auch von NRW-Integrationsminister Dr. Joachim Stamp. Auf dem Gelände der ehemaligen „Landesstelle Unna-Massen“ sollen alle Behörden zentralisiert werden, die sich im Regierungsbezirk Arnsberg mit Asylverfahren und Flüchtlingen befassen. „Eine Zusammenfassung dieser unterschiedlichen Dienststellen an einem Ort verbessert die Zusammenarbeit und beschleunigt die Verfahren“, so Makiolla.

PK | PKU

# Deutliche Mehrheit des Stadtrats spricht sich gegen die L821n aus



Die Besuchertribüne des Ratssaales war am Donnerstag wieder bis auf den letzte Platz besetzt. Viele Bürgerinnen und Bürger musste die Debatte um die L821n vom Foyer aus verfolgen.

Der Verlauf der Ratssitzung am Donnerstag war vorhersehbar. Eine große Mehrheit der Stadtverordneten (SPD, CDU, FDP) schloss sich der Meinung der Verwaltung und des Kreises Unna an, dass der Bürgerantrag gegen den Bau der L821n unzulässig sei. Die Stadt Bergkamen dürfe gar nicht über den Bau entscheiden, dies sei eine Sache des Landes.

Eine anders zusammengesetzte Mehrheit unterstützte die von der SPD eingebrachte Resolution, die sich gegen den Straßenneubau

ausspricht, weil bisher nicht zu erkennen ist, dass auf der L664 (Goekenheide, Kampstraße und Schulstraße) irgendwelche verkehrslenkenden Maßnahmen vorgenommen werden, die zumindest den Schwerlastverkehr aus der Ortsdurchfahrt Weddinghofen herausdrängen.

Man sei nicht bereit, Natur für den Straßenbau zu opfern, wenn dort weiterhin Lkw durchfahren. Wenn das so komme, sei dies der „Super-GAU“, erklärte SPD-Fraktionschef Bernd Schäfer. Dass seine Schreckensvision durchaus Realität werden könnte, zeigte sich in der Diskussion um den Antrag von BergAUF, für Schul- und Jahnstraße eine Tonnagebeschränkung von 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht zu verhängen.

Hierzu hatte die Leiterin der Landesbehörde Straßen.NRW Katrin Heffe dieser Forderung eine klare Absage erteilt. Solche Einschränkungen seien auf einer klassifizierten Straße, also Landstraße, nicht möglich. „Dauerhafte Verkehrsbeschränkungen würden hier die Herabstufung zu einer Gemeindestraße erfordern, was aber wegen dem Netzzusammenhang nicht möglich sein dürfte“, erklärte sie in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber der Stadt. Immerhin wird es nach der Inbetriebnahme der L821n zu einer Herabstufung der Jahnstraße in Oberaden kommen.

Der Änderungsantrag der Grünen zur SPD-Resolution wurde vom Rat ebenso abgelehnt wie die „Gegenresolution“ von CDU und FDP, die strikt den Bau der L821n fordern.

Wieder haben zahlreiche Gegner und Befürworter der L821n die Ratssitzung am Donnerstag auf der überfüllten Besuchertribüne und im Foyer des Ratstrakts die Debatte verfolgt. Diesmal hatte Bürgermeister Wortmeldungen von den Besuchern erst ganz zum Schluss der Ratssitzung in der Einwohnerfragestunde zugelassen. Auch durften die Besucher nicht in den Ratssaal kommen. Dadurch solle eine Einflussnahme auf die Stadtverordneten verhindert werde, sagte Bürgermeister Roland Schäfer.

Wirklich neue Argumente zur L821n gab es am Donnerstag im Stadtrat nicht zu hören. Trotzdem wird wohl dieses Thema in der politischen Diskussion nicht vom Tisch sein. Sowohl BergAUF-Fraktionsvorsitzende Claudia Thylmann als auch Grünen-Fraktionschef Jochen Wehmann kündigten weitere Initiativen gegen den Bau an.

---

## **Bürgermeisterin aus Billerbeck schaut sich das Feuerwehrgerätehaus in Rünthe ganz genau an**



Feuerwehrgerätehaus Rünthe

Am Dienstag, 11. Juni, schaut sich eine Delegation der Stadt Billerbeck mit Bürgermeisterin Marion Dirks das

Feuerwehrgerätehaus Rünthe ganz genau an. Die Stadt Billerbeck plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses und möchte in dem Zusammenhang das neue Rünther Haus, welches im Januar 2016 an die Freiwillige Feuerwehr Bergkamen übergeben wurde, als „best practice“-Beispiel besichtigen.

In Empfang genommen werden die Gäste seitens der Stadt Bergkamen von der Beigeordneten Christine Busch, dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Dirk Kemke sowie Vertretern der städtischen Bauordnung, des Hochbaus und des Bürgerbüros – Sachgebiet Ordnungsangelegenheiten/Feuerwehr.

---

## **Grüne „verbessern“ Resolutionsentwurf der SPD: Stadtrat soll den Bau der L821 „strikt“ ablehnen**

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bergkamener Stadtrats am Donnerstag, 6. Juni, ab 17.15 Uhr stehen nur neun Beratungspunkte. Trotzdem dürfen sich alle Beteiligten auf eine längere Sitzungsdauer einrichten. Der Grund: Beide Bürgerinitiativen zur L821n – dafür und dagegen – mobilisieren ihre Anhänger für den Besuch des großen Ratssaals.

Das umstrittene Straßenbauprojekt steht im Mittelpunkt der ersten drei Tagesordnungspunkte. Zunächst stimmen die Stadtverordneten darüber ab, ob der Bürgerantrag gegen den Bau der L821n zulässig ist. Hier hat die Verwaltung gesagt, unterstützt durch den Kreis Unna und durch den Städte- und Gemeindebund: Nein. In ihrer jüngsten Pressemitteilung hat die BI gegen die L821n angekündigt, dass sie das Verwaltungsgericht

bemühen will, falls sich der Rat der Meinung der Verwaltung anschließt.

Gleich danach wird im Rat der Resolutionsentwurf der SPD-Fraktion diskutiert, nachdem die Stadt Bergkamen den Bau der L821n anlehnt – unter anderem, weil von Seiten des Landes noch keine Zusicherung vorliegt, mit dem Straßenbau verkehrsberuhigende und verkehrslenkende Maßnahmen für die beiden Ortsdurchfahrten von Weddinghofen und Oberaden vorzunehmen.

Inzwischen haben die Grünen einen Änderungsantrag zum Resolutionsentwurf der SPD eingereicht. Demnach soll der Stadtrat den Bau der L821n „strikt“.

Schließlich fordert die Fraktion zur Lärmreduzierung auf Jahn- und Schulstraße dort in den Nachtstunden von 20 Uhr abends bis 8 Uhr morgens ein durchfahrtsverbot für Fahrzeuge einzuführen, die schwerer sind als 7,5 Tonnen (zulässiges Gesamtgewicht).

---

## **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Regionaltreffen im Bergkamener Gmnasium will „Wirkung entfalten“**

„Wirkung entfalten“. So ist das nächste Regionaltreffen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ am 25. Juni überschrieben. Im Gymnasium Bergkamen treffen sich Jugendliche und Lehrer aus den 32 Schulen, die im Kreis diesen Titel

tragen. Zwischen 12.30 und 16 Uhr geht es um Austausch, um Diskussion und voneinander lernen. Stattfinden wird das alles in mehreren Workshops.

Das Treffen reiht sich ein in die vielen, anlässlich des Demokratiejahres 2019 stattfindenden Veranstaltungen. Organisiert werden diese vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) Kreis Unna. Die Themen der Workshops am 25. Juni lauten:

Antimuslimischer Populismus – Rechter Rassismus in neuem Gewand.

Blogger-Workshop: Hass und Hetze im Netz etwas Positives entgegensetzen.

Salafismus: zwischen religiöser Strömung und extremistischer Ideologie.

Szene Dortmund / Kreis Unna: Einblicke in die rechtsextreme und populistische Szene sowie deren Symbole und Handlungsstrategien.

Wewelsburg: Arbeit in einer Gedenkstätte.

Diskriminierung und Wertschätzung von Vielfalt: alltäglichen Rassismus erkennen.

Menschenrechte in Myanmar: vom Überlebenskampf der Rohingya und anderen Menschenrechtsverletzungen.

Endlich Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, und jetzt?! Tipps für die nachhaltige Arbeit im Netzwerk SOR-SMC. Dieser Workshop richtet sich hauptsächlich an die begleitenden Pädagogen.

Die Schulen im Kreis Unna sind bereits per Faltblatt über den Termin und das Kernthema für das Regionaltreffen informiert worden und haben auch schon die Anmeldebögen für die Workshops erhalten. Anmeldungen sind bis zum 13. Juni möglich. Rückfragen beantwortet Sevgi Kahraman-Brust, E-Mail: [sevgi.kahraman-brust@kreis-unna.de](mailto:sevgi.kahraman-brust@kreis-unna.de), Tel. 0 23 07 / 9 24 88-74.  
PK | PKU



---

# Europawahl 2019: Endgültiges Wahlergebnis für den Kreis Unna festgestellt



V.l.n.r.: Landrat und Kreiswahlleiter Michael Makiolla mit dem Leiter des Steuerungsdienstes Ferdinand Adam, Christian Krahl (Steuerungsdienst, zuständig für Wahlen) und Guido Ponto (Sachgebietsleiter Gesamtsteuerung und Finanzwirtschaft) vor den Stimmzetteln und Wahlunterschriften aus den Bezirken.  
Foto: Max Rolke – Kreis Unna

Am 26. Mai 2019 fanden die Europawahlen statt. Knapp eine Woche später wurde aus dem vorläufigen das endgültige Wahlergebnis: Der Kreiswahlausschuss stellte es in seiner Sitzung am Montag, 3. Juni im Kreishauses fest.

Rund 305.000 Menschen waren im Kreis Unna dazu aufgerufen,

über die Zukunft der Europäischen Union abzustimmen. 182.000 Wahlberechtigte haben das auch gemacht. Damit lag die Wahlbeteiligung bei rund 59,6 Prozent, wie der Kreiswahlausschuss berichtet. Davon gültig waren 99,1 Prozent (rund 180.000 Stimmen).

### **Ergebnisse im Detail**

415 Wahl Niederschriften aus den jeweiligen Bezirken hat sich der Ausschuss angesehen. Grund zur Beanstandung gab es dabei nicht. Weder Bedenken noch Berichtigungen dieser Niederschriften waren nötig. Und so kommt der Ausschuss zu dem Ergebnis, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Kreis Unna 45.595 Stimmen bekommen hat. Das sind rund 25,3 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) erhielt 43.125 Stimmen (23,9 Prozent). Es folgen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) mit 37.618 Stimmen (20,9 Prozent), die Alternative für Deutschland (AfD) mit 17.690 Stimmen (9,8 Prozent) und die Freie Demokratische Partei (FDP) mit 10.643 Stimmen (5,9 Prozent). DIE LINKE bekam 7.407 Stimmen (4,1 Prozent).

### **Vergleich zur Europawahl 2014**

Vor fünf Jahren haben sich noch deutlich weniger Menschen an der Wahl beteiligt. 2014 stimmten 51,3 Prozent aller Wahlberechtigten (rund 159.000) ab. Im Vergleich zu diesem Jahr stieg die Wahlbeteiligung um 23 Prozent.

2014 machten mehr Menschen ihr Kreuz bei der SPD und der CDU. Die Parteien verzeichneten im Kreis Unna 2019 Verluste: Die SPD verlor -16,9 Prozent und die CDU -5 Prozent. Leichte Verluste gab es auch für DIE LINKE (-0,61 Prozent). Zugewinne verzeichneten hingegen die GRÜNEN (11,9 Prozent), die AfD (4,4 Prozent) und die FDP (3 Prozent). PK | PKU

---

# **Bilanz der Bußgeldstelle: Mehr als 5.250 Fahrverbote verhängt – plus 87 Prozent**

Am besten und sichersten läuft's im Straßenverkehr, wenn sich alle an die Regeln halten. Unbelehrbare Raser sollen durch die Geschwindigkeitsüberwachung ausgebremst werden. Im Jahr 2018 verhängte der Kreis 5.258 Fahrverbote gegen Raser und Drängler – rund 87 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das macht die Straßenverkehrsbehörde des Kreises nicht ohne Grund: „Bei zwei Dritteln aller Unfälle werden Menschen verletzt, weil das Tempolimit nicht eingehalten wird. Und da setzen wir an“, erklärt Sachgebietsleiter Christian Bornemann. Wir wollen mit unserer Überwachung das Geschwindigkeitsniveau senken und so präventiv Unfällen vorbeugen.“

## **Viel zu schnell**

Dass täglich auch auf den Straßen im Kreis Unna unverantwortlich schnell gefahren wird, zeigt ein Blick in die Statistik der Behörde: Der schnellste Fahrer wurde 2018 auf der Ruhrtalstraße in Schwerte (wie schon 2017 und 2016) mit 139 Stundenkilometern (2017: 131 km/h) gemessen. An dieser Stelle ist Tempo 50 erlaubt. Der ertappte Verkehrssünder war also 89 Stundenkilometer zu schnell unterwegs.

Damit ist er leider nicht allein: Jeweils um mehr als das Doppelte überschritten gleich mehrere Verkehrsteilnehmer im Kreisgebiet die zulässige Höchstgeschwindigkeit – unter anderem auf der Unnaer Straße in Fröndenberg/Ruhr, wo ein Fahrer mit 118 bei zulässigen 50 km/h geblitzt wurde.

## **Viele Ordnungswidrigkeiten**

Wie häufig Verkehrsregeln übertreten werden, macht die Gesamtzahl der von Kreis-Mitarbeitern bearbeiteten Ordnungswidrigkeiten klar: Sie lag im vergangenen Jahr bei

157.130 und bleibt damit im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant (2017: 157.262).

Rund 98.400 dieser Verstöße wurden 2018 durch die „Starenkästen“ (50.965) und die mobile Geschwindigkeitsüberwachung (47.457) des Kreises registriert. Beim Kreis werden darüber hinaus die Verfahren der Temposünder bearbeitet, die die Kreispolizei erwischt hat.

Übrigens: In den kreiseigenen Fahrzeugen zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung leisteten die Mitarbeiter im vergangenen Jahr 8.615 (2017: 8.145) Einsatzstunden an 346 (2017: 357) Einsatztagen. PK | PKU